

Evangelikalismus und demokratischer Pluralismus jetzt wieder gegenseitig unterstützten. Dem Leser drängt sich die kritische Frage auf, ob diese Wendung nicht einen Reflex auf die Wahlerfolge der Demokratischen Partei darstellte, damit primär politisch und nicht etwa religiös bedingt gewesen ist und so die enge Symbiose von Religion und Politik in Amerika dann doch wieder bestätigt hat.

Die Verfasserin ergänzt ihre (etwas holprig übersetzte und zu sehr dem wörtlichen englischen Sprachgebrauch verhaftete) Darstellung durch die Wiedergabe von Interviews, die sie mit ausgewählten „Kronzeugen“ der Neuen Evangelikalen durchgeführt hat, ohne freilich die Frage nach der repräsentativen Gültigkeit dieser Aussagen zu stellen.

Klaus Schwabe

Politische Ökonomie

Arnold, Lea. *Unabhängige Wirtschaftspolitik. Wissenschaftliche Politikberatung seit 1968 am Beispiel der Fünf Wirtschaftsweisen*. Wiesbaden. VS Verlag 2010. 175 Seiten. 29,95 €.

In dieser Studie fragt *Lea Arnold* nach der politischen Wirkung der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Der interessierten Öffentlichkeit sind die in diesem Gremium versammelten Ökonomen als die „Fünf Wirtschaftsweisen“ bekannt, die jeweils Mitte November in ihrem Jahresgutachten (JG) über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung informieren, Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung abgeben

und darüber hinaus wirtschaftspolitische Empfehlungen an die amtierende Bundesregierung formulieren. Angesichts der Sprachlosigkeit führender Ökonomen nach der jüngsten Wirtschaftskrise wurde in den Wirtschaftswissenschaften intensiv über eine Reform des SVR diskutiert; von kritischer Seite sogar nach dessen Existenzberechtigung gefragt. Im Einleitungskapitel weist *Arnold* auf die kontroverse Debatte über den SVR hin und entwickelt ihre politologische Fragestellung: „Kann der SVR durch eine rationale Politikberatung eine entpolitisierende Wirkung auf die Wirtschaftspolitik in Deutschland entfalten?“ (19)

Ein derartiger Ansatz erinnert an Ludwig Erhards „originäre Idee“ (151) eines unabhängigen Sachverständigenremiums zur Begutachtung der Wirtschaftsentwicklung. *Arnold* stellt dar, wie diese in den 1950er Jahren entstand, 1963 in das „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVRG) einging und 1964 zum ersten JG des SVR führte (54f.). Dabei erinnert sie an die leitenden Motive Erhards, der sich vom SVR „eine tatkräftige Unterstützung seines marktwirtschaftlichen Kurses“ (52) versprach, wobei insbesondere dem „Einfluss von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf den politischen Entscheidungsprozess“ (52) begegnet werden sollte. Damit erweist sich der SVR als zeittypisches Beispiel für das Vertrauen in die Möglichkeit einer „wertneutralen Wirtschaftspolitik“ (17), mit der bis heute ein Glauben an die überlegene Rationalität professoraler Expertise einhergeht.

Die Arbeit ist in fünf Teile gegliedert, aus denen hervorgeht, dass die von der Regierung favorisierte einheitliche

Meinung der berufenen Ökonomen von Beginn an in beträchtlicher Spannung zu der im SVRG garantierten Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Beratung steht. Im zweiten Kapitel wird über die Entwicklung der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland informiert, und neben Begriffen der Politikberatung werden theoretische „Konzeptionen zum Verhältnis von Wissenschaft und Wirtschaftspolitik“ (35) vorgestellt. Das dritte Kapitel ordnet den SVR in das institutionalisierte Umfeld der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung ein und beleuchtet dessen gesetzliche Grundlage. Neben den wissenschaftlichen Beiräten im Bundeswirtschafts- und Finanzministerium, den sogenannten Schwesterbeiräten, werden die großen Wirtschaftsforschungsinstitute erwähnt. Diese begutachten zweimal im Jahr mit der Gemeinschaftsdiagnose (GD) die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik und stellen damit das wichtigste Konkurrenzgutachten zum Jahresgutachten des SVR, wodurch es in der medialen Berichterstattung oft zu Verwechslungen kommt. Auf die in den letzten Jahren vorgenommenen Veränderungen in der Zusammensetzung der vom Bundesministerium für Wirtschaft für die Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose beauftragten Forschungsinstitute geht *Arnold* leider nicht ein und führt stattdessen Institute an, die bereits seit 2007 nicht mehr an der Ausarbeitung der GD beteiligt sind (44f.). Ähnlich verwundert reagiert man auf das mit knapp zwei Seiten überaus kurz ausgefallene vierte Kapitel, indem der SVR in neuere Theorien der Wirtschaftspolitik eingeordnet wird.

Im fünften Kapitel, dem längsten Teil der Arbeit, werden die im Rahmen einer „Längsschnittanalyse“ (63) ermittelten Untersuchungsergebnisse vorgestellt. Dazu entfaltet *Arnold* ein analytisches Wechselspiel zwischen Deskription und Bewertung und unterteilt den gesamten Zeitraum „seit der Gründung des SVR“ in vier Phasen, in denen die jeweiligen JG des SVR mit den an die Öffentlichkeit gerichteten Jahreswirtschaftsberichten (JWB) der Bundesregierung kontrastiert werden. In der ersten Phase von 1964-1969, in die der Erlass des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) sowie die Einführung der „Konzertierten Aktion“ fällt, bezog die Mehrheit der im SVR versammelten Ökonomen eher nachfrageorientierte Positionen, deren politische Umsetzung jedoch erst nach dem Regierungseintritt der SPD erfolgen konnte. In der zweiten Phase von 1969-1982 änderte sich mit der „Abkehr vom Keynesianismus hin zu angebotspolitischen Positionen“ (80) die wirtschaftspolitische Grundausrichtung der SVR-Mehrheit, was insbesondere Ratsmitglieder mit keynesianischer Ausrichtung zu Minderheitsvoten veranlasste. In der dritten Phase von 1982-1998 wurden die hohe Arbeitslosigkeit sowie die deutsche Einheit zum bestimmenden Thema der JG des SVR. In der vierten Phase von 1998-2005 war schließlich eine stärkere „Mischung von nachfragepolitischen mit angebotspolitischen Instrumenten“ (127) zu beobachten.

Insbesondere aus diesem Teil der Arbeit geht hervor, wie selektiv die Regierung in den JWB auf Empfehlungen des Rates zurückgreift und regierungskritische Positionen in den JG meist völlig übergangen werden (144). Spä-

testens hier fragt man sich, warum dem Titel der Arbeit kein Fragezeichen beigefügt wurde. Denn bereits vor der Erstellung der Gutachten, also bei der Auswahl der Ratsmitglieder, zeigt sich der Trend zu einem stärker werdenden indirekten Einfluss der Regierung, werden doch von den bestehenden Mitgliedern des SVR meist Ökonomen kopiert, die der Regierung „wohl gesonnen“ sind, wie *Arnold* unter Verweis auf eine Mitarbeiterin aus dem Bundesministerium für Finanzen betont (144).

Trotz zahlreicher Satz- und Rechtschreibfehler, die den gesamten Text begleiten, gelingt es *Arnold*, den interessierten Leser anhand zahlreicher Beispiele für den zuweilen opportunistischen Umgang der Regierung mit wissenschaftlichen Beratungsergebnissen zu sensibilisieren. Insbesondere in der Schlussbetrachtung hätte man sich jedoch ein systematischeres Eingehen auf die Spannung zwischen der zunehmenden „Instrumentalisierung“ (150) wissenschaftlicher Politikberatung und dem von *Arnold* ins Zentrum gerückten Phänomen der „Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik“ (151) durch den SVR gewünscht.

Nico Koppo

Dehling, Jochen, und Klaus Schubert. *Ökonomische Theorien der Politik*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011. 178 Seiten. 16,95 €.

Die Gründungsarbeiten der Neuen Politischen Ökonomie haben die politikwissenschaftliche Diskussion stark beeinflusst und werden inzwischen in fast jedem Teilgebiet der Disziplin rezipiert. Mit dem Lehrbuch „Ökonomische Theorien der Politik“ wollen *Jochen*

Dehling und *Klaus Schubert* Studierenden der Politikwissenschaft einen einfachen und verständlichen Einstieg in die wichtigsten Public-Choice-Ansätze geben. Einleitend illustrieren sie den Erkenntnisgewinn, den eine Anwendung der ökonomischen Methode auf politikwissenschaftliche Gegenstände bietet (14), mit einem anschaulichen Beispiel. In Kapitel 2 machen die Autoren den Leser mit dem methodologischen Individualismus, dem *homo oeconomicus* und dem ökonomischen Erklärungsmodell vertraut. So ausgerüstet wird der Leser in 4 weiteren Kapiteln mit den wichtigsten Grundlagenwerken des Rational-Choice-Ansatzes in der Politikwissenschaft vertraut gemacht (16). Zunächst wird mit dem Titel „Ökonomische Theorie der Demokratie“ ein Werk von Anthony Downs dargestellt. Dabei orientieren sich die Abschnitte an der Bildung des Parteiendifferentials des rationalen Wählers, den räumlichen Modellen des Parteienwettbewerbs und des Wahlparadoxons. Im nächsten Kapitel wird dem Leser Kenneth J. Arrows Unmöglichkeitstheorem näher gebracht. Hier geht es um die Frage, wie sich individuelle Präferenzen zu einer kollektiven Entscheidung aggregieren lassen und welche Probleme bzw. Lösungsmöglichkeiten in der Forschung diskutiert werden. Das Kapitel zur ökonomischen Theorie der Verfassung von James M. Buchanan und Gordon Tullock liefert einen Einblick in die Analyse der Wahl von kollektiven Entscheidungsregeln, wie etwa der in Demokratien verbreiteten Mehrheitsregel. Das Kapitel zur „Logik kollektiven Handelns“ von Mancur L. Olson bietet ein grundlegendes Verständnis von Kooperation, Kollektivgütern und der ungleichen Organisationsfähigkeit von